

Bildung:	
Unis – Grenzen der Vereinheitlichung	2
Ältere Beschäftigte:	
Flexible Wege zur Rente kaum beschränkt	3
Lohnpolitik:	
Mindestlöhne: Beschäftigung bleibt stabil	4
Staatsverschuldung: Auf Sparkurs in die Miesen	5
Europa: Krisenopfer Tarifsysteem	6
Hartz IV:	
Mehr Selbstständige müssen aufstocken	7
TrendTableau	8

EINKOMMEN

Deutsche kritisieren ungerechte Verteilung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die Einkommen der Deutschen auseinanderentwickelt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung finden das ungerecht.

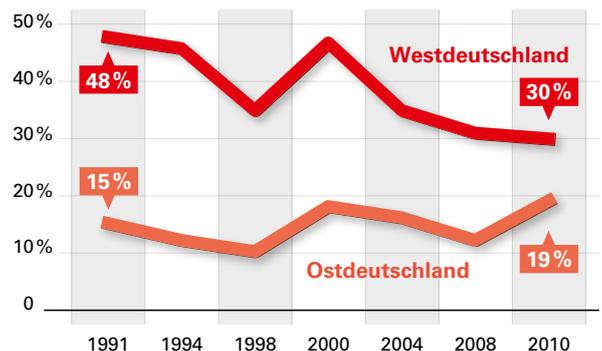
Die Zahlen sind eindeutig: Im Jahr 1992 erzielten die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen in Westdeutschland noch das 5,1-fache der Einkommen des untersten Zehntels. 2010 erhielten sie das 6,8-fache. In Ostdeutschland erhöhte sich die Relation von 3,8 auf 5,1. Gehörte die Bundesrepublik laut OECD in den 1980ern und 1990ern noch zu den Ländern mit eher geringer Ungleichheit, liegt sie heute im europäischen Mittel. Andere Industrienationen, allen voran die USA, sind zwar weitaus ungleicher. Dennoch sieht „eine überwältigende Mehrheit der Deutschen die Einkommensunterschiede hierzulande kritisch“, haben Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften ermittelt.* Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften in Deutschland zeigen, dass im Westen 2010 rund 87 Prozent der Befragten die Unterschiede für „zu groß“ hielten. Im Osten war es mit 96 Prozent nahezu die gesamte Bevölkerung.

Gerade in Westdeutschland stellen die Forscher einen markanten Sinneswandel fest: 2004 pflichteten lediglich 40 Prozent der Aussage bei, jeder solle ein Einkommen haben, das „er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht“. Im Jahr 2010 wollten 58 Prozent Einkommen nicht ausschließlich an der Leistung des Einzelnen bemessen sehen. Auch 56 Prozent der ostdeutschen Befragten stimmten dem zu, nach 49 Prozent sechs Jahre zuvor. Die Wissenschaftler vermuten, dass „die anhaltende Mindestlohn-debatte und die beachtliche Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigungen“ zu dem Sinneswandel der Deutschen beigetragen haben.

Dabei stellt die Mehrheit der Bürger nicht Leistungsanreize per se in Frage: Der Aussage „nur wenn die Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung“ stimmten 2010 immerhin 60 Prozent der Befragten zu. Die realen „sozialen Unterschiede in unserem Land“ finden jedoch nur noch 28 Prozent gerecht. Auch hier machen Weick und Noll im Westen einen klaren Trend zu einer kritischeren Beurteilung aus: Im Jahr 2000 meinten noch 48 Prozent, es gehe gerecht zu. Zehn Jahre später sind es nur noch 30 Prozent. Nach Einschätzung der Forscher könnte eine zunehmende Sensi-

Ungleichheit: Zustimmung sinkt

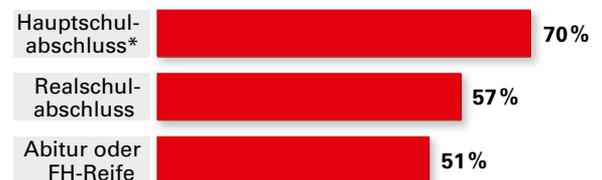
Als gerecht beurteilen die bestehenden sozialen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft in ...



In Gesamt-Deutschland sagen das 2010 von allen ...



Dass Einkommensunterschiede als Motivation erforderlich sind, finden Befragte mit ...



2.827 befragte Personen 2010, Antworten „stimme voll zu“ / „stimme zu“
* sowie Personen ohne Schulabschluss
Quelle: Noll, Weick 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

bilisierung der Öffentlichkeit infolge der Finanzkrise dazu geführt haben, dass soziale Unterschiede anders wahrgenommen werden. Managergehälter und Bonuszahlungen würden nun als ungerechtfertigte Privilegien von Eliten angesehen. ◀

* Quelle: Heinz-Herbert Noll, Stefan Weick: Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 48, Juli 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Unis: Grenzen der Vereinheitlichung

Unterschiedliche Hochschulsysteme spiegeln die Besonderheiten verschiedener Wirtschaftsmodelle wider. Eine internationale Vereinheitlichung der Universitätslandschaft nach angelsächsischen Standards würde den Anforderungen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht.

Soziologen unterscheiden verschiedene Arten des Kapitalismus. Ein Modell ist die liberale Marktökonomie, die sich durch kurzfristige Unternehmensfinanzierungen, kaum regulierte Arbeitsmärkte, starken Wettbewerb zwischen Unternehmen und wenig spezialisierte Arbeitskräfte auszeichnet. Den Gegenpol bilden koordinierte Marktökonomien, deren Strukturen eher auf langfristige Kooperation zwischen Banken, Unternehmen und Arbeitnehmern zielen. Typisch für dieses Wirtschaftsmodell sind stark differenzierte Berufsbilder. Michael Hölscher von der Universität Heidelberg hat untersucht, inwieweit sich die Hochschulsysteme beider Wirtschaftstypen unterscheiden.* Für seinen Vergleich wählte der Soziologe Deutschland als koordinierte und Großbritannien als liberale Marktwirtschaft.

und Branchenwechsel ermöglichen. Starke Spezialisierung ist für Arbeitnehmer hingegen mit einem hohen Risiko verbunden. Denn je spezieller die Qualifikation, desto schwieriger wird es nach einem Jobverlust, schnell wieder eine passende Stelle zu finden. Anders ist die Situation in einer koordinierten Marktwirtschaft mit starkem Wohlfahrtsstaat: Hier sind die Arbeitsverhältnisse stabiler. Beschäftigte sind durch das Arbeitsrecht besser vor Entlassung geschützt. Falls sie ihre Stelle aber doch verlieren, greift der Sozialstaat ihnen unter die Arme und gibt ihnen Zeit, eine Stelle zu suchen, die ihrer Ausbildung entspricht.

Ob sich dieses Erklärungsmuster empirisch bestätigen lässt, hat Hölscher mithilfe einer international angelegten Befragung von Akademikern überprüft. Der Datensatz ist repräsentativ für Hochschulabsolventen in Großbritannien und Deutschland, deren Abschluss 2005 fünf Jahre zurücklag. Erwartungsgemäß gaben Befragte aus dem Vereinigten Königreich häufiger an, allgemeine Kompetenzen zu besitzen, und die Deutschen betonten ihr spezifisches Fachwissen. So fühlen sich die Briten etwa besser ausgebildet, was Präsentations- und Kommunikationsfertigkeiten angeht, während die Deutschen zu größeren Teilen überzeugt sind, ihr Studienfach zu beherrschen.

Die Umfrage macht auch deutlich, dass die Anforderungen an die Hochschulen unterschiedlich sind: „In Großbritannien spielt es also sehr viel weniger eine Rolle, was genau man eigentlich studiert hat. Entscheidend ist, dass man studiert hat“, schreibt Hölscher. In Deutschland sei eine „höhere Kongruenz zwischen Studium und Beruf“ festzustellen.

Nach Ansicht des Wissenschaftlers haben diese Beobachtungen entscheidende Bedeutung für die Bildungspolitik. Denn die „internationale Angleichung von Hochschulsystemen, wie sie aktuell im Bologna-Prozess oder in der Diskussion um Schlüsselqualifikationen betrieben wird, macht vor diesem Hintergrund nur bedingt Sinn“. Solange Unterschiede zwischen den Kapitalismus-Spielarten bestünden, gebe es keinen Grund, die Bildungssysteme anzugleichen. Die Folge wäre eine „schwindende Funktionalität des Hochschulsystems für die Wirtschaft“. Wichtig sei dies gerade für Deutschland, wo die Debatte um Hochschulreformen von Leitbildern aus den liberalen Marktwirtschaften Großbritannien und USA geprägt sei – weil „eine Anpassung an internationale Vorbilder vor allem in koordinierten Marktwirtschaften zum Problem werden könnte“.

In Deutschland zählt das Studienfach

Berufstätige Akademiker sagen:

„Eine angemessene Ausbildung für meinen Job ist ...“



Quelle: REFLEX-Studie 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Ländern besteht früheren Studien zufolge bereits an der Nahtstelle zwischen Hochschulen und Arbeitsmarkt. Während in Deutschland häufig ein enger fachlicher Zusammenhang zwischen Studienfach und Job bestehe, sei in Großbritannien „die Verbindung zwischen Studium und Arbeitsmarkt sehr viel lockerer“, so Hölscher. Dies könnte eine logische Konsequenz der verschiedenen Wirtschaftstypen sein, so der Wissenschaftler:

In einer liberalen Marktwirtschaft wie Großbritannien sind die Beschäftigungsverhältnisse weniger stabil und deshalb generelle Kompetenzen wichtig, die jederzeit einen Job-

nen Grund, die Bildungssysteme anzugleichen. Die Folge wäre eine „schwindende Funktionalität des Hochschulsystems für die Wirtschaft“. Wichtig sei dies gerade für Deutschland, wo die Debatte um Hochschulreformen von Leitbildern aus den liberalen Marktwirtschaften Großbritannien und USA geprägt sei – weil „eine Anpassung an internationale Vorbilder vor allem in koordinierten Marktwirtschaften zum Problem werden könnte“.

* Quelle: Michael Hölscher: Spielarten des Kapitalismus und Kompetenzen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Flexible Wege zur Rente kaum beschritten

Der Übergang in die Rente ist starrer geworden. Betriebliche und tarifliche Vereinbarungen sollten das auffangen. Bislang ist das jedoch nicht gelungen.

Einen grundlegenden Wandel des deutschen Rentensystems hin zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit konstatieren die Sozialwissenschaftler Norbert Fröhler, Thilo Fehmel und Ute Klammer in einer aktuellen Studie für die Hans-Böckler-Stiftung*: Die Möglichkeiten, vorzeitig in Rente zu gehen, wurden stark begrenzt. Zugleich wurde durch die Absenkung des Rentenniveaus und die Einführung von Abschlägen der finanzielle Spielraum für einen vorzeitigen Rentenbezug erheblich eingeeengt. Diese Entflexibilisierung des staatlichen Rentenübergangs, so die Idee der Politik, sollten tarifliche und betriebliche Vereinbarungen auffangen. Dass dies nicht gelungen ist, zeigen Daten zur Nutzung der vorhandenen Übergangsinstrumente. Gegenwärtig sei einzig die Altersteilzeit einigermaßen verbreitet, schreiben die Forscher. Etwa jeder zweite Betrieb bietet die Möglichkeit, im aktiven Teil der Arbeitszeitverkürzung normal weiterzuarbeiten und dann im passiven Teil früher aus dem Erwerbsleben auszuschneiden.

Für ihre Studie nutzen die Wissenschaftler Daten aus der WSI-Betriebsrätebefragung 2010. Die Erhebung ist repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und einer Interessenvertretung. Aufgrund des Befragungszeitraumes ergeben sich allerdings Interpretationsprobleme: Erst Ende 2009 ist die staatliche Förderung der Altersteilzeit ausgelaufen – im Schnitt 13.000 Euro pro Fall. Die Forscher gehen aber dennoch davon aus, dass die Altersteilzeit auch künftig eine zentrale Rolle spielen wird, wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Branchen.

Daneben untersuchten sie weitere Übergangsinstrumente:

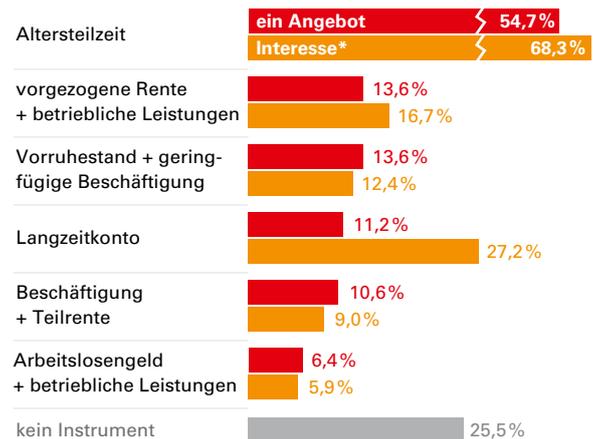
- ▶ Langzeitkonten bieten die Möglichkeit, ein Stundenkontingent anzusparen, um früher oder gleitend aus dem Erwerbsleben aussteigen zu können.
- ▶ Vorzeitige Teilrenten ermöglichen einen Zuverdienst. Die Summe aus Teilrente und Gehalt darf aber den vorherigen Verdienst nicht übersteigen.
- ▶ Zudem besteht die Möglichkeit, dass der Betrieb das Arbeitslosengeld bis zur Rente aufstockt.
- ▶ Die Beschäftigten gehen in den Vorruhestand, arbeiten aber noch in geringem Umfang im Unternehmen weiter.
- ▶ Der Betrieb fängt die Einbußen einer vorzeitigen Rente ganz oder teilweise auf.

Angebot und Nachfrage: Abgesehen von der Altersteilzeit werden die Übergangsinstrumente nur in wenigen Unternehmen angeboten, zeigt die Befragung. Auch wünschen sich die Beschäftigten kaum, dass solche Angebote überhaupt gemacht werden. Allein die Langzeitkonten stechen dabei heraus: In etwa jedem vierten Betrieb besteht daran Interesse. Die Forscher führen dies unter anderem darauf zurück, dass die Erfahrungen mit Arbeitszeitkonten in der jüngsten Wirtschaftskrise das Instrument bekannter gemacht und entsprechende Erwartungen geweckt haben.

Verteilung nach Einkommen: Noch am häufigsten nutzen Beschäftigte mit einem mittleren Einkommen die untersuchten Instrumente. Insbesondere die unteren Gehaltsgruppen können sich einen früheren Renteneintritt offenbar nicht

Holpriger Übergang in Rente

Für einen flexiblen Rentenübergang gibt es in so vielen Betrieben ...



* von Beschäftigten in Betrieben, in denen das jeweilige Angebot fehlt
Angaben von Betriebsräten 2010, repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat; Quelle: Fröhler, Fehmel, Klammer 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

leisten. Die wenigen, die es doch tun, greifen häufig auf Teilrenten- und Vorruhestandsmodelle zurück.

Gesundheitliche Gründe: Wer die betrieblichen Übergangsmöglichkeiten nutzt, hat in der Regel auch mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. So weisen die Hauptnutzer von Teilrenten in jedem vierten Betrieb starke gesundheitliche Einschränkungen auf, in weiteren 48 Prozent der Betriebe haben sie zumindest gesundheitliche Probleme. Ähnlich ist es beim aufgestockten Arbeitslosengeld: In jedem fünften Betrieb haben die Hauptnutzer schwere gesundheitliche Probleme, in weiteren 44 Prozent der Betriebe weisen sie zumindest einige gesundheitliche Einschränkungen auf.

Konflikte: Tariflich am stärksten reguliert ist Altersteilzeit, gefolgt von Langzeitkonten. Verhandlungen zu diesen Instrumenten verlaufen in jedem zweiten Betrieb konfliktfrei. Bei den übrigen kommt es deutlich häufiger zu Auseinandersetzungen. Streitpunkt sind dabei vor allem die Kosten für das Unternehmen. Schwierigkeiten sehen Betriebsräte auch in zu komplizierten rechtlichen und tariflichen Rahmenregelungen.

Um eine Überforderung der Betriebsparteien mit der Übergangsgestaltung zu vermeiden, sei eine innovative Tarifpolitik nötig, so die Forscher. Allerdings werde auch die tarifliche Gestaltung des flexiblen Übergangs in den Ruhestand „früher oder später immer“ an strukturelle Grenzen stoßen. Die Auswertung der Daten habe gezeigt, „dass die Regulierung des Rentenübergangs auch in Zukunft vornehmlich Aufgabe staatlicher Sozialpolitik bleiben muss“.

* Quelle: Norbert Fröhler, Thilo Fehmel, Ute Klammer: Endbericht des Forschungsprojekts „Re-Flexibilisierung des Rentenübergangs? Gesetzliche, tarifliche und betriebliche Optionen der Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente“, erscheint 2013
Download unter www.boecklerimpuls.de

Mindestlöhne: Beschäftigung bleibt stabil

Mindestlöhne haben keine negativen Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau. Zu diesem Ergebnis kommen Untersuchungen von acht deutschen Branchen, in denen Lohnuntergrenzen gelten.

Gegner von Mindestlöhnen warnen davor, dass verbindliche Lohnuntergrenzen Arbeitsplätze gefährden könnten. Um diese Annahme zu überprüfen, hatte sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag 2009 darauf geeinigt, die bestehenden Mindestlohnregelungen evaluieren zu lassen. Beauftragt wurden sechs Forschungsinstitute: das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) und das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung. Im November 2011 veröffentlichte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die mehrere tausend Seiten umfassenden Evaluationsberichte.

Die IAQ-Forscher Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf haben sich nun im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit diesen Berichten auseinandergesetzt, um die Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.* Ihrer Expertise zufolge konnte keine der acht Branchenstudien nachteilige Effekte von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung nachweisen. Den Diskussionsstand über Mindestlöhne in Wissenschaft und Politik, so Bosch und Weinkopf, müssten diese Ergebnisse ganz erheblich verändern: „Künftig wird man nicht umhin können, die neue Faktenlage zu berücksichtigen.“

Untersucht haben die sechs beteiligten Institute die Regelungen in der Abfallwirtschaft, dem Bauhauptgewerbe, dem Dachdeckerhandwerk, dem Elektrohandwerk, der Gebäudereinigung, dem Maler- und Lackiererhandwerk, der Pflege und den Wäschereidienstleistungen für gewerbliche Kunden. Für die Analysen werteten die Wissenschaftler zahlreiche Quellen der amtlichen Statistik und bestehende Datensätze aus. Darüber hinaus befragten die Forscherteams zum Teil Unternehmen oder Betriebsräte und führten Fallstudien und Experteninterviews durch. Um etwaige Zusammenhänge zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung zu prüfen, bedienen sie sich in erster Linie quasi-experimenteller statistischer Verfahren: Sie verglichen die Beschäftigungsentwicklung der betroffenen Wirtschaftszweige und Unternehmen mit derjenigen in Kontrollgruppen. Dafür wurden branchenintern Betriebe ausgewählt, die bereits vor der Einführung von Mindestlöhnen Gehälter über dem vereinbarten Niveau gezahlt hatten. Zudem dienten Branchen ohne Mindestlohn, aber mit möglichst ähnlichen Strukturmerkmalen als Vergleichsgrößen.

Lohnuntergrenzen variieren

Der Mindestlohn beträgt in den Branchen ...	brutto pro Stunde
Bauhauptgewerbe	West 11,05 €* Ost 10,00 €
Dachdeckerhandwerk	11,00 € 11,00 €
Elektrohandwerk	9,80 € 8,65 €
Maler- und Lackiererhandwerk	9,75 € 9,75 €
Gebäudereinigung	8,82 € 7,33 €
Pflege	8,75 € 7,75 €
Abfallwirtschaft	8,33 € 8,33 €
Wäschereidienstleistungen	8,00 € 7,00 €

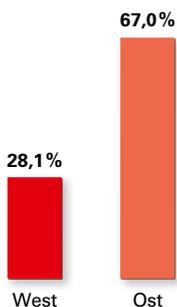
* an- und ungelernte Werker
Stand Juni 2012; Quelle: Bosch, Weinkopf 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Unabhängig voneinander, so Bosch und Weinkopf, hätten die Expertenteams dabei das Gleiche festgestellt: Mindestlöhne haben keine signifikanten Auswirkungen auf das **Beschäftigungsniveau** der untersuchten Branchen. Erhebliche Konsequenzen hätten Mindestlöhne hingegen für die Lohnverteilung: Überdurchschnittlichen Steigerungen im unteren Einkommensbereich stünden geringere Steigerungen oder sogar Senkungen im oberen Lohnbereich gegenüber. Insbesondere in Ostdeutschland seien Mindestlöhne mittlerweile die „going rate“ in vielen Branchen, entsprächen also dem Standard-Lohn. Selbst Fachkräfte verdienten dort zum Teil kaum besser als An- oder Ungelernte.

Lohnuntergrenzen beeinflussen auch die **Beschäftigungsstruktur**. Im Dachdeckerhandwerk etwa ging die Zahl der Arbeitsplätze bei Unternehmen zurück, die ihre zuvor niedrigeren Löhne auf das Mindestniveau anheben mussten. Branchenweit blieb die Beschäftigung dagegen unverändert, weil Betriebe mit höherem Lohnniveau Jobs schufen. Die Autoren der Expertise führen dies auf durchaus erwünschte Umstrukturierungsprozesse zurück: „Da durch einen Mindestlohn Geschäftsmodelle, die auf Lohnunterbietung basieren, erschwert werden sollen, sind solche Verlagerungen nicht überraschend.“ In der Abfallwirtschaft fand bei insgesamt konstantem Beschäftigungsniveau ein Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der besonders personalintensiven Abfallsammlung statt. Beschäftigung sei also in produktivere beziehungsweise kapitalintensivere Betriebe verlagert worden, konstatieren die Wissenschaftler. Die Durchsetzung von Lohnuntergrenzen in der Gebäudereinigung über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz hatte zur Folge, dass Minijobs durch

Osten profitiert mehr

Von allen Wäschereien mussten ihre Löhne auf Mindestlohniveau erhöhen



nur Wäschereien für Gewerbe-Kunden
Quelle: Bosch, Weinkopf 2012
© Hans-Böckler-Stiftung 2012

Vollzeit- und sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ersetzt wurden. Bei den Dachdeckern nahm allerdings auch die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen zu. Das heißt: Es fand eine Verlagerung hin zu nicht kontrollierten Beschäftigungsformen statt.

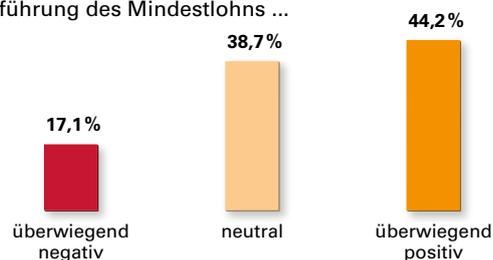
Bei Befragungen äußerten sich auch die von den Mindestlohnregelungen betroffenen **Unternehmen überwiegend zufrieden**: Über vier Fünftel der Betriebe in der Gebäudereinigung bewerteten die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz positiv oder neutral und nur 17 Prozent negativ. Gelobt wurde unter anderem, dass Mindestlöhne das Image der Branche verbessert und so die Personalrekrutierung erleichtert hätten. Auch von den Wäschereibetrieben hatten 59 Prozent eine positive und 14 Prozent eine neutrale Meinung in Sachen Mindestlohn. Betriebsleiter im Maler- und Lackiererhandwerk nannten fairere Marktbedingungen und eine höhere Motivation der Beschäftigten als Vorzüge einer verbindlichen Lohnuntergrenze.

Damit diese Vorteile zum Tragen kommen, seien **wirksame Kontrollen unerlässlich**, schreiben Bosch und Weinkopf: „Die tatsächliche Einhaltung der Mindestlöhne ist die wesentliche Voraussetzung für ihre Akzeptanz bei den Tarifpartnern und Unternehmen, da sonst die gesetzestreuen Unternehmen durch Auftragsverluste oder geringere Margen bestraft werden.“ Kontrollen durch den Zoll, wie sie im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes durchgeführt werden, hätten sich dabei als effektiver erwiesen als Prüfungen durch die Sozialversicherungsträger. Erschwert würden solche Prüfungen durch Defizite bei der Betriebsratsdichte und dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Mindestlohnbranchen.

Ein weiteres Problem: In mehreren Branchen gab es zwischenzeitlich keine Mindestlöhne, weil neue tarifliche Regelungen erst mit Verzögerung allgemeinverbindlich erklärt worden waren. Zu den Ursachen für diese Verzögerungen gehörten den Autoren zufolge unterschiedliche Positionen innerhalb der Bundesregierung und langwierige administrative Umsetzungsverfahren. Der Staat, empfehlen sie, sollte für schnelle und zuverlässige Genehmigungsverfahren Sorge tragen und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch eine Nachwirkung von Mindestlöhnen stärken. Bislang endeten Mindestlohnregelungen mit dem Auslaufen der zugrunde liegenden Tarifverträge. ◀

Zustimmung überwiegt

Betriebe in der Gebäudereinigung bewerten die Einführung des Mindestlohns ...



Quelle: Bosch, Weinkopf 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Wirkungen der Mindestlohnregelungen in acht Branchen, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, November 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

STAATSVerschuldung

Auf Sparkurs in die Miesen

Radikales Sparen in der Krise hilft nicht beim Schuldenabbau, zeigt eine ökonomische Analyse.

Wer über seine Verhältnisse gelebt hat, muss den Gürtel so lange enger schnallen, bis seine Verbindlichkeiten wieder auf ein erträgliches Maß gesunken sind. Das ist die Logik der viel zitierten schwäbischen Hausfrau. Als Richtlinie für die staatliche Haushaltspolitik taugen solche Vorstellungen jedoch nicht, wie Wolfgang Scherf, Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Gießen, mit einer Modellanalyse deutlich macht.* Denn die Finanzpolitik hat gesamtwirtschaftliche Folgen, die wieder auf den Staatshaushalt zurückwirken. So kann radikales Sparen im ungünstigsten Fall mit noch mehr Schulden enden – wie derzeit in Griechenland. Der Weg zu einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt müsse mit einer präzisen Lageanalyse beginnen: Was sind die Ursachen des Defizits, wie entwickelt sich die Konjunktur und welche Zusammenhänge bestehen zwischen beiden Größen?

Entscheidend ist nach Scherf zunächst die Unterscheidung zwischen strukturellen Defiziten und Defiziten mit stabilitätspolitischer Funktion. Letztere kommen zustande, wenn die Staatseinnahmen im Konjunkturtal zurückgehen, der Staat

sein Ausgabenniveau aber beibehält, um die Wirtschaft nicht weiter zu schwächen. Der Versuch, solchen konjunkturbedingten Defiziten hinterherzukürzen, würde lediglich eine Abwärtsspirale auslösen, so der Wissenschaftler. In dieser Lage sei das Gegenteil sinnvoller: Der Staat sollte eher weitere antizyklische Kredite aufnehmen und mit zusätzlichen investiven Ausgaben gegensteuern. Sobald die Wirtschaft wieder laufe, erleichterten höhere Steuereinnahmen und Minderausgaben für Arbeitslose die Rückführung dieser Schulden.

Allerdings bestreitet Scherf keinesfalls, dass eine unseriöse Finanzpolitik zu dauerhaften, also strukturellen Defiziten führen kann. Dies dürfte etwa im Falle Griechenlands für den größten Teil der Staatsverschuldung gelten. Solche Defizite müssten auch bekämpft werden, sagt der Finanzexperte. Nur: „**Finanzpolitische Sünden der Vergangenheit lassen sich nicht durch nachträgliches Sparen in einer Wirtschaftskrise korrigieren.**“ Es bleibe nichts anderes übrig, als die Haushaltslücke zumindest so lange hinzunehmen, bis sich die Wirtschaft wieder erholt hat.

Leider würden die Zusammenhänge im Wirtschaftskreislauf wenig beachtet. Vorschläge zur Einführung von Schuldenbremsen, die nicht zwischen Defizittypen unterscheiden, ignorierten, „dass nichts den Staatshaushalt so stark entlastet wie ein hohes wirtschaftliches Wachstum“, so Scherf. ◀

* Quelle: Wolfgang Scherf: Staatsverschuldung aus kreislauftheoretischer Sicht, in: Intervention 2/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Krisenopfer Tarifsystem

Unter dem Druck von EU, EZB und IWF setzen die südlichen Euro-Länder so genannte **Strukturreformen** um: Sie höhlen die traditionellen Tarifsysteme aus und setzen bei den **Löhnen damit eine Abwärtsspirale in Gang.**

Bis zum Beginn der Finanzkrise hielt sich die EU weitgehend aus der Lohnpolitik ihrer Mitgliedsländer heraus. Die Grundlage für lohnpolitische Interventionen der EU bildet erst der Euro-Plus-Pakt aus dem vergangenen Jahr. Zudem schafft die ebenfalls 2011 in Kraft getretene EU-

Gesetzgebung zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts – der so genannte Sixpack – die Möglichkeit, Sanktionen gegen Länder zu verhängen, deren Lohnentwicklung die vorgeschriebene Bahn verlässt. Zwar dürfte es nach Einschätzung des WSI-Forschers Thorsten Schulten noch ▶

Aushöhlung des Flächentarifs in Südeuropa

So wirkt sich die Sparpolitik in der EU auf Arbeitnehmer aus in ...

Portugal



Spanien



Italien



Griechenland



Neue Regelungen im Tarifsystem

- | | | | |
|---|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ keine automatischen Allgemeinverbindlich-erklärungen (AVE) mehr ■ verschärfte Kriterien für Zulassung von AVE ■ Abweichungen vom Flächentarif mit Zustimmung des Betriebsrats erlaubt | <ul style="list-style-type: none"> ■ erleichterte Anwendung betrieblicher Härtefall-klauseln zur vorübergehenden Abweichung vom Tariflohn ■ erleichterte Anwendung von Öffnungsklauseln ■ Vorrang von Haus- vor Flächentarifen ■ Nachwirkung von Tarifverträgen auf ein Jahr verkürzt | <ul style="list-style-type: none"> ■ betriebliche Tarifverträge können bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Branchentarifverträgen abweichen | <ul style="list-style-type: none"> ■ neuer Haustariftyp, der von Branchentarifen abweichen kann ■ allgemeiner Vorrang von Haustarifen, Aufhebung des Günstigkeitsprinzips ■ in Unternehmen ohne Gewerkschaften können auch „andere Arbeitnehmergruppen“ Tarifverträge abschließen ■ Nachwirkung von Tarifverträgen auf drei Monate reduziert |
|---|---|--|--|

Bezahlung im öffentlichen Dienst

- | | | | |
|---|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Löhne zunächst eingefroren, dann um 5% gekürzt, bis Ende 2013 wieder eingefroren ■ 13. und 14. Monatsgehalt oberhalb bestimmter Einkommensgrenzen gekürzt oder abgeschafft | <ul style="list-style-type: none"> ■ Löhne um 5% gekürzt und eingefroren ■ Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 37,5 Wochenstunden verkürzt | <ul style="list-style-type: none"> ■ Löhne seit 2009 eingefroren | <ul style="list-style-type: none"> ■ Kürzung der Löhne um zunächst 14%, Einführung eines neuen Entlohnungssystems, sodass sich bis 2013 insgesamt eine Kürzung um ca. 30% ergibt |
|---|---|---|---|

Entwicklung des durchschnittlichen Reallohns 2010–2012*



*Ameco-Datenbank, Europäische Kommission, Berechnungen des WSI 2012; Quelle: Busch, Hermann, Hinrichs, Schulten 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

► einige Jahre dauern, bis das Verfahren seine ganze Wirkung entfaltet. „Die volle Tragweite des neuen lohnpolitischen Interventionismus der EU zeigt sich hingegen schon heute in denjenigen Staaten, in denen unmittelbar ökonomischer und finanzieller Druck zur Durchsetzung bestimmter Strukturformen angewendet werden kann“, schreibt Schulden in einer aktuellen Studie zur Euro-Krise.* Dies gelte etwa für Griechenland und Portugal, die sich gegenüber der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu Reformen verpflichten mussten, um Hilfgelder zu bekommen. In Italien und Spanien übe vor allem die EZB Druck aus.

Die aktuelle Wirtschaftsmisere in Südeuropa schafft nach der Analyse des Wissenschaftlers die Voraussetzungen für radikale Umbauten der nationalen Arbeitsmärkte: „Erst die massenhafte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene soziale Perspektivlosigkeit fördern die Akzeptanz von Lohnkürzungen und die Bereitschaft zu betrieblichen Konzessionen, mit der eine weitreichende Dezentralisierung und Verbetrieblichung der Tarifpolitik durchgesetzt werden kann.“

In der Vergangenheit hätten sich die Flächentarifvertragssysteme der GIPS-Staaten – Griechenland, Italien, Portugal, Spanien – als äußerst stabil erwiesen, so Schulden. Mit der Krise komme es zu drastischen Veränderungen: zur Dezentralisierung und Aushöhlung des Flächentarifs. Formal blieben betriebsübergreifende Lohnvereinbarungen zwar bestehen, faktisch würden sie jedoch durch eine Reihe neuer Gesetze durchlöchert:

- Öffnungsklauseln erlauben Abweichungen nach unten,
- Haustarife erhalten Vorrang vor Flächentarifen,
- nicht-gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretungen können nun Tarifverträge schließen,
- ausgelaufene Tarifverträge verlieren durch verkürzte Nachwirkungszeiten schneller ihre Gültigkeit,
- Allgemeinverbindlicherklärungen werden erschwert.

„In den nach wie vor stark klein- und mittelständisch geprägten Ökonomien Südeuropas“ werde dies zu einem drastischen Wandel der Lohnpolitik, einer rückläufigen Tarifbindung und schließlich einer „weitreichenden Individualisierung der Lohnverhandlungen“ führen, erwartet Schulden. Gleichzeitig wurden die Gehälter öffentlich Beschäftigter vielfach eingefroren, zum Teil auch gekürzt.

Griechenland hat den Mindestlohn um 22 Prozent gesenkt, für unter 25-Jährige sogar um fast ein Drittel. Spanien und Portugal haben die Anpassung der Lohnuntergrenze an die Preisentwicklung ausgesetzt. Die Folgen der von außen verordneten Lohnpolitik liegen Schulden zufolge auf der Hand: Sie führt in eine lohnpolitische Abwärtsspirale, fördert eine deflationäre Entwicklung und trägt dazu bei, die ökonomische Stagnation Europas weiter zu verfestigen. In den vergangenen beiden Jahren sind die durchschnittlichen Reallöhne in Griechenland und Portugal um 20 beziehungsweise 10 Prozent gesunken. ◀

* Quelle: Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs, Thorsten Schulden: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell – Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

HARTZ IV

Mehr Selbstständige müssen aufstocken

Knapp zehn Prozent aller Hartz-IV-Aufstocker arbeiten als Selbstständige. Im Schnitt sind sie besser qualifiziert als abhängig beschäftigte Bezieher.

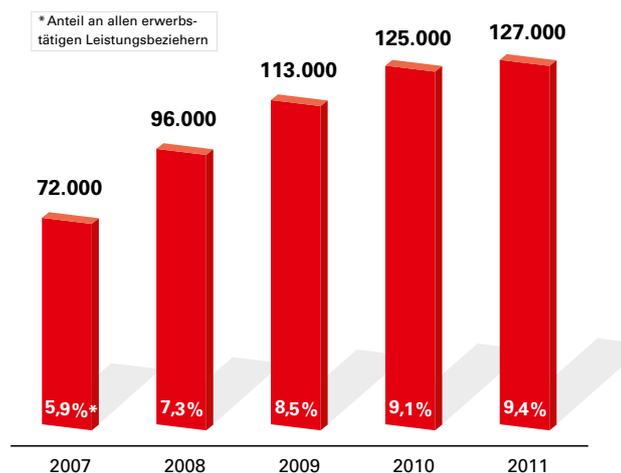
Zwischen 2007 und 2011 hat sich die Zahl der Selbstständigen mit Hartz-IV-Bezug im Jahresdurchschnitt fast verdoppelt, zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*: von 72.000 auf 127.000. Obwohl ihre Arbeitszeiten häufig hoch sind, reicht der von ihnen erwirtschaftete Gewinn nicht aus, um davon leben zu können. Drei Viertel verdienen maximal 400 Euro, lediglich fünf Prozent kommen auf einen Gewinn von mindestens 800 Euro.

Selbstständige Aufstocker arbeiten oft als Vertreter, Verkäufer, Gaststätten- oder Imbissbesitzer, Künstler oder freiberufliche Lehrkräfte. Der mit 16 Prozent hohe Anteil an Akademikern erkläre sich insbesondere durch Selbstständige in künstlerischen Berufen wie Musiker oder Schauspieler, so das IAB. Mehr als drei Viertel beschäftigen keine Mitarbeiter, weitere 14 Prozent nur einen.

„Insgesamt scheint es einen Kern an selbstständigen Aufstockern zu geben, die über mehrere Jahre hinweg in diesem Zustand verbleiben“, schreiben die Forscher. „Unklar bleibt,

Prekäre Selbstständigkeit

So viele Selbstständige bezogen ergänzend Hartz IV



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

ob dies durch ungünstige Gründungsbedingungen in zeitlicher Nähe zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 oder andere Ursachen hervorgerufen wurde.“ ◀

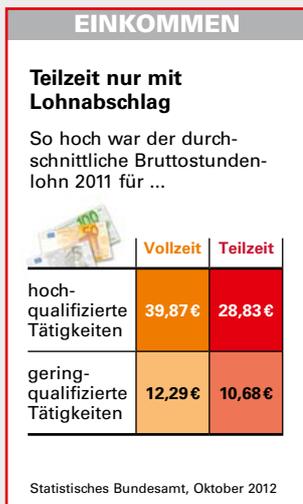
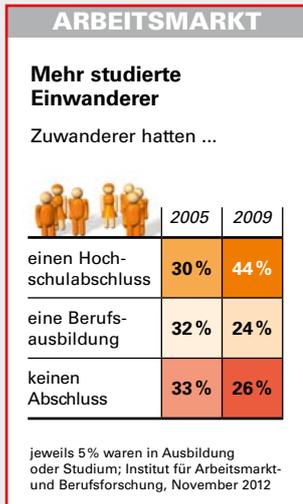
* Quelle: Lena Koller u.a.: Selbstständige in der Grundsicherung – Viel Arbeit für wenig Geld, IAB Kurzbericht 22/2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
 unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Die Schulden- und Wirtschaftskrise in Europa hat die Arbeitslosigkeit deutlich steigen lassen. Im Oktober lag die Arbeitslosenquote in der Eurozone nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation bei 11,7 Prozent und damit um 1,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. In Spanien beläuft sich die Arbeitslosenquote mittlerweile

auf 26,2 Prozent gegenüber 22,7 Prozent vor einem Jahr, in Griechenland kletterte die Quote sogar um sieben Punkte auf 25,4 Prozent (Stand August). Leicht aufwärts ging es allerdings auf dem irischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote im Euro-Krisenstaat sank binnen Jahresfrist von 15,0 auf 14,7 Prozent. Eurostat, November 2012

► **GENDER:** Frauen und Männer sind von einer fairen Arbeitsteilung im Haushalt offenbar noch weit entfernt. In Deutschland ist knapp jede fünfte Frau davon überzeugt, dass die Hausarbeit vor allem zu ihren Lasten geht – von den Männern sagt dies nicht einmal jeder dreißigste. Am unzufriedensten über die praktizierte Arbeitsteilung äußerten sich in einer europaweiten

Studie die Französisinnen, von denen knapp zwei Drittel nach eigener Einschätzung mehr als den fairen Anteil der Hausarbeit übernehmen. In Finnland sagen mit elf Prozent im europäischen Vergleich die wenigsten Frauen, dass sich ihr Partner zu wenig im Haushalt engagiert. Eurofound, November 2012

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 23. Januar 2013

bestellen unter www.boecklerimpuls.de